



Polen - Pressespiegel 27/2025 vom 03.07.2025

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Eine Nachzählung ist eine Frage der Staatsräson*
- *Wir sollten aus Trzaskowskis Niederlage keine Verschwörungssekte machen*
- *„Ein Konflikt, wie wir ihn in der Dritten Republik nie hatten“. Prof. Antoni Dudek warnt Donald Tusk*
- *Die Linke muss sich Tusk entgegenstellen*
- *Populismus ist nicht länger ein Randphänomen*
- *Tusk will billigen Diesel für den armen Polen. Es wird nicht weniger Abgase und importierte Straßen-Veteranen geben*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Eine Nachzählung ist eine Frage der Staatsräson



Quelle: wyborcza.pl

Von **Bartosz T. Wieliński**

Ich behaupte nicht, dass die Präsidentschaftswahlen gefälscht wurden. Aber es gab bereits so viele Fragezeichen in der Diskussion über die Ergebnisse, dass eine Neuauszählung aller im zweiten Wahlgang abgegebenen Stimmen zu einer Frage der Staatsräson wird.

Die Außerordentliche Rechnungs- und Kontrollkammer des Obersten Gerichtshofs hat eine Neuauszählung der Stimmen in 13 Wahlkommissionen angeordnet. Die Ergebnisse wurden geheim gehalten, aber es ist bekannt, dass es in drei Fällen Unregelmäßigkeiten gab.

Die Zahl der Stimmen, die durch die Falschauszählung von Rafał Trzaskowski verloren gegangen sind, ist gering - weniger als eintausend. Allerdings geht es hier nur um Unregelmäßigkeiten in drei von 32 143 Wahlkommissionen. Und der Vorsprung von Karol Nawrocki vor Rafał Trzaskowski beträgt nur 369 000 Stimmen. Sollte sich herausstellen, dass die Hälfte dieser Stimmenzahl Nawrocki aufgrund von Fehlern zugeschrieben wurde ...

Und einfache arithmetische Berechnungen zeigen, dass es ausreichen würde, wenn in weniger als tausend Ausschüssen Unregelmäßigkeiten auftreten würden.

Ich behaupte nicht, dass es Unregelmäßigkeiten in diesem Ausmaß gab. Ich würde sogar so weit gehen, zu sagen, dass ich fest davon überzeugt bin, dass sich herausstellen wird, dass die Fehler bei der Auszählung der Stimmen minimal waren und dass niemand es gewagt hat, die Abstimmung zu manipulieren.

Kalisz: 1482 verdächtige Wahlkommissionen

Leider gibt es beunruhigende Signale, die nicht unterschätzt werden dürfen. Das erste war am Wahltag, als sich herausstellte, dass Mitglieder der von der PiS gegründeten und von ihrem neuen Star Przemysław Czarnek geleiteten Bewegung zur Verteidigung der Wahlen eine Anwendung unbekannter Herkunft verwendeten, um angeblich die Bescheinigungen von Wählern zu überprüfen, die außerhalb ihres Wohnsitzes gewählt hatten. Dies war ein klarer Verstoß gegen das Gesetz. Veröffentlichte Aufnahmen von Sitzungen der Mitglieder dieser Initiative lassen vermuten, dass sie dies absichtlich taten.

Nach der Wahl stellte sich heraus, dass es Ausschüsse gab, in denen Stimmen vertauscht wurden. Trzaskowski gewann im ersten Wahlgang, und die Kandidaten, die ihn später unterstützten, erhielten ebenfalls viele Stimmen. Dies schlug sich jedoch nicht in den Ergebnissen des zweiten Wahlgangs nieder, da Nawrocki diesen deutlich gewann. Die mögliche Umstellung der Unterstützung wurde durch einen Fehler bei der Übertragung der Daten in das PKW-System durch die Ausschussvorsitzenden erklärt. Neben den Leuten von Czarnek wurden diese Positionen mit Vertretern rechtsextremer Organisationen besetzt, die es nicht geschafft hatten, 100.000 Unterschriften für die Registrierung eines Kandidaten bei den Wahlen zu sammeln. Hinzu kommt die entsetzliche Affäre, die in der Kommission in Bielsko aufgedeckt wurde, wo 160 für Trzaskowski abgegebene Stimmen in einem versiegelten Bündel mit den Stimmen von Nawrocki versiegelt und dann als seine Stimmen gezählt wurden.

Premierminister Donald Tusk gab heute bekannt, dass es 800 verdächtige Wahlkommissionen gibt. Wahlkommission-Mitglied Ryszard Kalisz sagt, es seien 1.482. Dies zeigt – angesichts des geringen Stimmenunterschieds – dass Polen vor einer beispiellosen Staatskrise steht. Sie kann entschärft werden, indem eine Neuauszählung der Stimmen angeordnet wird. Dann gibt es keinen Zweifel mehr daran, wie viele Stimmen Nawrocki und Trzaskowski erhalten haben.

Polen können nicht aufhören, an die Fairness der Wahlen zu glauben

Dafür sollte sich vor allem die PiS entscheiden. Karol Nawrocki hat das schwächste Regierungsmandat aller Zeiten. Er ist durch seine Vergangenheit als Fußballfan und seine Verbindungen zur Unterwelt der Dreistadt und zu lokalen Neonazis stigmatisiert. Es gibt Anschuldigungen, dass er in die Vermittlung von Prostituierten an Gäste des Grand Hotels verwickelt war, und schließlich den Fall eines Wucherdarlehens und der Übernahme einer Sozialwohnung, die einem verurteilten Sexualstraftäter gehört. Und die Frage der Nutzung der Wohnungen des Museums des Zweiten Weltkriegs oder teure Auslandsreisen. Nimmt man noch die Zweifel am Wahlsieg hinzu, so ist diese Präsidentschaft in den Augen vieler Bürger gleich zu Beginn völlig verbrannt.

In Wirklichkeit droht uns etwas viel Schlimmeres: die Untergrabung des Vertrauens der Bürger in die Institution der Wahlen. Bisher haben wir vor allem den Einfluss russischer Desinformation befürchtet, die über soziale Medienplattformen und bestimmte Medien durchsickerte. Jetzt sieht es so aus, als ob die Institution der Wahlen von innen heraus angegriffen werden könnte. Das Problem ist ernst. Eine Situation, in der die Bürger nicht mehr zu den Wahlen gehen, weil sie nicht mehr an deren Fairness glauben, würde das Ende der Demokratie in Polen bedeuten.

Schließlich können wir das nicht zulassen. Deshalb ist die Neuauszählung der Stimmen und die Klärung von Zweifeln eine Frage der polnischen Staatsraison.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75398,32042524,ponowne-przeliczenie-glosow-jest-kwestia-racji-stanu.html>



**DENKE POSITIV! WENN DU EIN SCHRANK SEIN WILLST,
WIRST DU EIN SCHRANK SEIN.**

Zsfg.: AV

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Wir sollten aus Trzaskowskis Niederlage keine Verschwörungssekte machen



Quelle: wyborcza.pl

Von **Paweł Marcinkiewicz**

Karol Nawrocki besiegte Rafał Trzaskowski im Mai mit einer Differenz von 369.000 Stimmen, so die Daten der staatlichen Wahlkommission. Heute wissen wir, dass diese Zahl nicht der Wahrheit entspricht, denn in vielen Kommissionen gab es Unregelmäßigkeiten, möglicherweise Betrug: Stimmzettel mit Stimmen für den KO-Kandidaten wurden für den PiS-Kandidaten aufgeschrieben, manchmal geschah das Gegenteil. Es liegt im Interesse aller Beteiligten, diese Unregelmäßigkeiten aufzuklären, und die für eine Fälschung Verantwortlichen sollten bestraft werden. Aber das ist noch lange nicht die Suche nach Beweisen, die die vorgefasste These von der geplanten Fälschung und den geheimen Absprachen der Gegner stützen. [...]

Mit einer kleinen Unterbrechung für die acht Jahre der PiS-Herrschaft, an die ich mich wohl am besten erinnern kann. Nichtsdestotrotz ist die Effekthascherei etwas, das mich und meine Generation durch die Jahre des Erwachsenwerdens begleitet hat.

Mit umso größerer Abscheu beobachte ich die equilibristischen Fummeleien, denen sich einige im liberalen Mainstream in Bezug auf Unregelmäßigkeiten bei der Stimmenauszählung bei den Präsidentschaftswahlen hingeben.

KO-Abgeordneter Roman Giertych scheint wach zu bleiben, Frühstück und Mittagessen auszulassen und für seinen Nachmittagssnack nur ein paar schmackhafte Tweets abzusetzen, um sein Publikum alle paar Minuten oder so mit Theorien zu füttern, die man schon dreist als Verschwörungstheorien bezeichnen kann. „Meiner Meinung nach haben sie auch in der ersten Runde manipuliert. Nur diesmal zu Mentzens

Ungunsten, damit er nicht versehentlich in die zweite Runde kommt“, erklärte er in einem Beitrag auf der X-Website.

Und Tomasz Lis möchte „aus Respekt vor den Helden des Warschauer Aufstands“ bis Ende Juli, den Namen des wahren Präsidenten erfahren.

Wir schaffen eine alternative Realität, eine politische Fiktion, in der wir die Bedingung stellen, dass, wenn – überspitzt gesagt – die Hälfte der nicht ausgezählten Ausschüsse bei der Neuauszählung auch die Umschläge falsch ausgefüllt hätten und die Vorsitzenden in einem Viertel der Ausschüsse auf die Kisten mit Trzaskowskis Namen geniest hätten, der Bürgermeister von Warschau haushoch gewinnen würde. Nun, das ist nicht übertrieben.

Wir haben selbst gelacht, als die PiS der damaligen Opposition die Verantwortung für ihr Versagen z. B. auf der internationalen Bühne zuschob, die von der Denunziation des Mutterlandes durch die Opposition beherrscht werden sollte. Oder als Jaroslaw Kaczynski den Geist von Donald Tusk in Flammen über dem Körper seines Bruders sah wie Stannis Baratheon aus „Game of Thrones“.

Wir akzeptieren jetzt eine ähnliche Rhetorik mit dem Vorteil des Zweifels und nähren damit den Dunst der hartgesottenen Anti-PiS-Wählerschaft. Diese wird sogar noch beständiger und loyaler sein, wenn sie durch eine Verschwörungstheorie gebunden ist.

Und ja, alle gemeldeten Unregelmäßigkeiten in den Wahlstatistiken sollten gründlich erklärt werden, aber die These, dass die Wahlen im Mai manipuliert wurden, ist ein Weg ins Nichts. Und ein gefährlicher Weg. Denn die Untergrabung der Institution der Wahlen in Demokratien ist der erste Schritt zu ihrer Aushöhlung. Wie können wir dem Staat vertrauen, wenn beide Seiten die Richtigkeit der von ihnen verlorenen Wahlen in Frage stellen?

Ein solcher Zustand entmutigt jeden, der sich gerade erst an die Politik gewöhnt. Und die PiS und die Konfederacja werden das untergrabene Vertrauen in die Institutionen des Staates skrupellos ausnutzen, denn darauf haben sie seit jeher ihr Kapital aufgebaut. Und sie werden den Manipulationsskandal zu ihrer eigenen Zeit ausschachten und uns in die Ecke der totalen Anarchisierung des politischen Lebens drängen. Die Assoziationen der Amerikaner mit dem Jahr 2021 und der Erstürmung des Kapitols durch die Anhänger von Donald Trump sind keineswegs unangebracht.

Wenn es eine Lehre aus dem Wahlsieg von Nawrocki gibt, dann sicher nicht die, dass wir uns weiterhin auf die Schulter klopfen und den Verlust in einer warmen, sicheren liberalen Blase rechtfertigen. Es den bösen Schreiberlingen in die Schuhe zu schieben und sich selbst den Orden des moralischen Siegers aufzudrücken. Sich die trügerische Gewissheit zu geben, dass es nicht Fehler in Trzaskowskis Wahlkampf und in der Zweijahrespolitik der Regierung waren, sondern eine nicht identifizierte Fälschung, die Kaczynski den Weg zur Machtübernahme im Jahr 2027 geebnet hat.

Es ist bequem, es ist nett, es lindert irgendwie die Wunden. Aber wenn wir diesen Ansatz nicht ändern, werden diese Wunden bei jeder Wahl weiter aufgerissen, und der Prozess der Heilung wird nie enden.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/magazyn/7,124059,32049388,rafal-trzaskowski-przegral-i-tyle-nie-budujmy-sekty-niedowiarkow.html#s=S.TD-K.C-B.1-L.1.duzy>

„Ein Konflikt, wie wir ihn in der Dritten Republik nie hatten“. Prof. Antoni Dudek warnt Donald Tusk



Quelle: polsatnews.pl

Von **Piotr Nowak**

„Das ist sehr gefährlich, denn es könnte uns an den Rand eines Konflikts bringen, wie wir ihn in der Dritten Republik Polen noch nie hatten“, sagte der Politikwissenschaftler Professor Antoni Dudek in der Sendung „Die wichtigsten Fragen“. Er bezog sich dabei auf die Situation, in der Donald Tusk beschließen würde, die Entscheidung der Außerordentlichen Kontrollkammer des Obersten Gerichtshofs anzufechten, wenn diese die Gültigkeit der Wahlen anerkennt.

Auf die Forderung des regierenden Lagers nach einer Neuauszählung nach den Präsidentschaftswahlen angesprochen, sagte **Prof. Antoni Dudek**, dass etwas passiert, was er „etwas befürchtet“ habe. „Zunächst einmal haben wir dieses Spiel namens **Präsidentschaftswahlen** begonnen, ohne festzulegen, wer der Richter ist. Und jetzt werden wir die Konsequenzen tragen“, sagte er.

Der Politikwissenschaftler erklärte, dass im Prinzip der **Oberste Gerichtshof** über diese Fälle entscheiden sollte, was auch in der Verfassung steht. „Auf der Ebene eines konkreten Gesetzes ist es jedoch dieses **Gesetz, dessen Legitimität von der derzeitigen Regierung in Frage gestellt wird**, das besagt, dass die **außerordentliche Revisionskammer des Obersten Gerichtshofs** entscheidet und entscheiden sollte. Das Problem ist, dass die Regierung dies nicht anerkennt. Wenn die Kammer die Gültigkeit der Wahlen anerkennt, ergibt sich hypothetisch die Möglichkeit, dieses Urteil anzufechten. (...) Das ist das Schlimmste, was passieren kann“, erklärte er.

Anfechtung von Nawrockis Mandat. Tusk hat zwei Möglichkeiten

In einer solchen Situation hat Premierminister Donald Tusk - so der Professor - **zwei Möglichkeiten**, entweder sich damit abzufinden oder das Mandat von Karol Nawrocki weiter anzufechten. „**Und das ist**

sehr gefährlich, denn es könnte uns an den Rand eines Konflikts bringen, wie wir ihn in der Dritten Republik Polen noch nie hatten“, schätzte er ein.

Die von Tusk genannte Zahl von 800 Kommissionen, bei denen es zu Unregelmäßigkeiten gekommen sein soll, **beruht laut Prof. Dudek auf keinerlei „konkreten Daten“**. „Was bisher konkret ist, ist das eine oder andere Dutzend von 32.000 Aufträgen, bei denen es tatsächlich einen Fehler gab“, sagte er.

„Meiner Meinung nach gibt es keine Grundlage für eine landesweite Neuauszählung (der Stimmen - Anm. d. Red.), während es eine Grundlage für eine Neuauszählung in den nachfolgenden Ausschüssen gibt, wenn der Oberste Gerichtshof oder die Kammer dies für sinnvoll erachten“, erklärte er.

Der Politikwissenschaftler warnte, dass „wenn **das Mandat von Herrn Karol Nawrocki**, in Polen angefochten wird, werden wir in viel größeren Schwierigkeiten stecken werden, als wir es im Moment als Staat sind“.

Der Mythos der „gestohlenen Wahl“. Prof. Antoni Dudek warnt

Moderator Przemyslaw Szubartowicz fragte, ob die Regierung nicht mit dem Gründungsmythos der „gestohlenen Wahlen“ zu tun habe. „Wenn die Regierung diesen Weg einschlägt, ist das eine Option, nur ist es eine **sehr gefährliche Option für den Staat**“, erklärte Prof. Dudek.

Er erinnerte daran, dass er „ein ziemlich radikaler Gegner der Kandidatur von Karol Nawrocki“ war. Er war jedoch mehr an der „Stabilität des Staates“ interessiert. „Wenn die Mehrheit der Polen, und meiner Meinung nach eine kleine Mehrheit der Polen in Wahrheit, aber dennoch, Herrn Karol Nawrocki als Präsidenten will, dann sollen sie ihn haben“, sagte er.

„Der Zusammenstoß zwischen dem Mythos der ‚gefälschten Wahlen‘ und dem Mythos von ‚Smolensk‘ führt uns in Richtung eines Bürgerkriegs, und das sage ich mit voller Überzeugung, denn am Ende muss jemand dieser Präsident in diesem Palast sein, und das wird entweder **Karol Nawrocki** oder der amtierende Präsident **Szymon Holownia** sein, der alle Maßnahmen legitimieren wird, die die derzeitige Regierungsmehrheit in diesen 1,5 Jahren gegen die Opposition von **Präsident Duda** ergriffen hat. Und das ist ein sehr riskanter Weg, vor allem in der **internationalen Situation**, in der wir uns befinden, denn niemand ist so glücklich über den Zerfall der Macht in Polen wie Putins Russland“, sagte er.

Realistisches Szenario nach Prof. Dudek. „Wer hat den schwarzen Peter?“

Prof. Dudek erklärte, dass im Falle einer Annullierung der Präsidentschaftswahlen die nächsten Wahlen von der PiS boykottiert würden. **„Wir hätten dann zwei Präsidenten** - Präsident Nawrocki und denjenigen, der die Wiederholungswahl gewonnen hätte. Ich halte das für eine völlige politische Fiktion. Hier wird eine Situation heraufbeschworen, in der sich am Ende das Argument der Stärke durchsetzt“, warnte er.

Laut Prof. Dudek wird nach **„einem realistischen Szenario“** die Nationalversammlung am 6. August den Amtseid von Karol Nawrocki annehmen. „Er wird in den Präsidentenpalast einziehen und die erste Runde des Zusammenlebens eines neuen Typs mit dem Titel ‚Wer hat den schwarzen Peter?‘ wird beginnen. Kurz gesagt: Präsident Nawrocki wird alles tun, um dem Volk zu zeigen, dass die Regierung schlecht ist. (...) Er hat angekündigt, dass er am nächsten Tag, also am 7. August, eine Reihe von Gesetzentwürfen ansprechen wird, (...) danach wird er die nächsten Tage damit verbringen, zu sagen: aber die Regierung befasst sich überhaupt nicht mit meinen Gesetzentwürfen“, prophezeit der Politikwissenschaftler.

Laut Prof. Antoni Dudek **ist das Szenario vorgezogener Wahlen real**. „Wir wissen nur nicht, ob es im Frühjahr oder im Herbst nächsten Jahres sein wird. Wir dürfen nicht vergessen, dass angesichts des massiven Konflikts mit Präsident Nawrocki **eine vorgezogene Wahl auch eine Lösung sein könnte**. Vor allem, wenn man in der Führung der Plattform erkennt, dass es später noch schlimmer kommen wird. Vielleicht ist es besser, die Macht jetzt abzugeben, mit der Chance, immer noch bis zu 30 Prozent der Stimmen zu bekommen, als zwei Jahre zu warten, in denen es einen Rückgang auf unter 20 Prozent geben könnte“, erklärte er.

Zsfg.: JP

Die Linke muss sich Tusk entgegenstellen



Quelle: krytykapolityczna.pl

*Interview mit **Andrzej Leder**, Kulturphilosoph. Er studierte Medizin und Philosophie. Er leitet die Abteilung für Kulturphilosophie am Institut für Philosophie und Soziologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften (PAN)*

Agnieszka Wiśniewska: Warum hat Donald Tusk um ein Vertrauensvotum gebeten? Abgesehen davon, um zu zeigen, dass wir vielleicht verloren haben, aber eigentlich doch nicht.

Andrzej Leder: Das war entscheidend. Es überdeckte die Stimmung nach der Niederlage bei der Präsidentschaftswahl. Außerdem wollte Tusk prüfen, inwieweit er auf die PSL, den Dritten Weg und eventuell die Linke zählen kann. Er wollte die Reihen schließen. Und das ist ihm gelungen.

Bewirkt so eine Schließung der Reihen nicht sofort, dass man aufhört, darüber nachzudenken, dass man aus der Präsidentschaftsniederlage lernen und etwas vorschlagen muss?

Selbst wenn es keine Abstimmung über das Vertrauensvotum gegeben hätte und selbst wenn die Krise viel tiefer wäre, ist eine Kursänderung derzeit sehr schwierig. Und der Kurs ging in Richtung des Versuchs, rechte Wähler für sich zu gewinnen. Viele Leute, auch ich, haben gesagt, dass das nicht gelingen wird.

Piotr Ikonowicz schrieb hier auf „Krytyka Polityczna“: „Herr Premierminister, das Nachäffen der extremen Rechten bringt nichts. Die Leute wählen sowieso lieber das Original.“

Genau. Warum sollte jemand für eine gefärbte Rechte stimmen, von der man weiß, dass sie keine echte Rechte ist, wenn er die echte haben kann?

Aber warum sagst du, dass es schwierig ist, diesen Kurs zu ändern?

Jede Partei und jedes politische Umfeld ist eine Art Maschine. Diese Maschine ist in eine bestimmte Richtung losgefahren, und jetzt wird es schwierig, das umzukehren, dafür zu sorgen, dass die Menschen

plötzlich ganz anders sprechen und handeln. (...)

Also wird die Sprache der Angstmacherei vor Migration uns weiter begleiten?

Nicht nur bei der Migration, obwohl ich zugeben muss, dass mir das Blut in den Adern kocht, wenn ich höre, was Tusk zur polnisch-belarussischen Grenze sagt. Auch alle moralischen Themen, die wegen der PSL schwer anzupacken waren, werden jetzt heruntergespielt. Aber meiner Meinung nach gibt es ein größeres Problem, nämlich die neoliberale DNA der Mannschaft von Tusk und die tiefe Überzeugung, dass man so handeln muss, dass der Markt alles regelt.

Sie haben 500 plus oder 800 plus nicht abgeschafft, sie haben sich damit abgefunden, dass es bleibt...

Das ist eben leider diese Art von Akzeptanz. Eine widerwillige. Die Politiker der Bürgerplattform haben gelernt, dass der Sozialstaat in Polen existiert und sich nicht so leicht demontieren lässt, aber sie neigen grundsätzlich dazu, und genau so wird die Politik weitergehen. Obwohl also in der neuen Koalitionsvereinbarung zum Beispiel festgeschrieben ist, dass der soziale Wohnungsbau gefördert werden soll, wird es am Ende wieder nur auf Zuschüsse zu Krediten hinauslaufen.

Tusk akzeptiert, dass sich die Sozialversicherungsanstalt (ZUS) nicht einfach zurückfahren lässt, aber er plant keineswegs eine deutliche Erhöhung des Budgets für das Gesundheitswesen. Menschen, die sich eine soziale Politik wünschen, werden weiterhin enttäuscht sein, und auf der anderen Seite sind auch diejenigen frustriert, die einen Rückbau des Staates fordern, wir wissen, dass viele eher libertär gesinnte Wähler Szymon Hołownia den Rücken gekehrt haben, weil er die Abschaffung der Steuer- und Sozialabgabenlast nicht geliefert hat. Und sie sind zur Konföderation übergelaufen. Das sind keine guten Nachrichten.

Kann man denn da gar nichts machen?

Damit der Regierungskurs deutlich geändert wird, müsste sich die Linke Tusk entgegenstellen.

Nur welche Linke?

Ein Arrangement, in dem die Linke zweibeinig ist, also auf der einen Seite ein Bein in der Regierung hat und Einfluss auf die Gesetzgebung ausübt, und auf der anderen Seite eine oppositionelle Linke existiert, die die Regierung kritisch begleitet und auch gegen sie stimmen kann, ist im Grunde genommen ein sehr gutes Modell. Okay, dieses Modell hat bei Wahlen gewisse Nachteile, aber in der täglichen Politik bietet es die Chance für starken Druck seitens eines zehnpromzentigen Wählerpotenzials. Die Linke sollte das nutzen und auf soziale Politik ebenso drängen wie auf kulturellen und gesellschaftspolitischen Liberalismus. Die Rechte beruft sich stark auf die identitätsbezogene Bindung vieler Polen an Tradition und Vaterland. Aber wir wissen, dass sich diese Identität und diese Werte verändern, die Rechte nutzt nur noch den letzten Moment, in dem das noch so stark ist. Und sie nutzt diesen Moment gut.

Tusk und die KO-Koalition berufen sich ebenfalls auf diese Identität und laufen mit weiß-rot gefärbten Herzchen herum.

In Polen ist die einzige wirklich starke Symbolik im Grunde die nationale oder patriotische. Bei den KOD-Märschen hatten alle weiß-rote Fahnen. Damals versuchte man, neue Symbole zu schaffen, Musik aus den 80ern zu nutzen. Sie haben ständig Kocham wolność (Ich liebe die Freiheit) gespielt. Aber das hat sich letztlich nicht durchgesetzt. Es wurde kein universelles Symbol. (...) Also sind wir gewissermaßen auf die Nationalhymne und die weiß-roten Fahnen angewiesen, alle nutzen sie, und das stärkt am Ende die Rechte.

Keine Hoffnung in Sicht?

Unglaublich lustig, aber auch bezeichnend und ein wenig rührend war die Geschichte, wie der Jugendstreik für das Klima, damals, 2019, diese fünfzehnjährigen Jugendlichen nach einem Lied für ihre Demonstrationen suchten. Und man erinnere sich: Zu den Freitagsprotesten des Jugendklimastreiks kamen jeweils mehrere tausend Menschen. Sie wollten weder die Nationalhymne noch andere 'Boomer-Lieder' singen. Die kannten sie ohnehin nicht. Und am Ende stellte sich heraus, dass die ganze Menge von

Kindern nur ein Lied gemeinsam singen konnte: Kolorowy wiatr (Bunter Wind) aus dem Disney-Film Pocahontas. Sie waren mit diesem Film aufgewachsen und alle konnten mit Edyta Górniak singen, dass man nicht alles für Geld kaufen kann. Gleichzeitig zeigte das aber auch, wie groß in Polen das Defizit an Symbolik ist, die politische Orientierungen tragen könnte.

Es ist kein Zufall, dass am allerletzten Ende des Wahlkampfs die Korallenkette von Joanna Senyszyn zum Symbol der Unterstützerinnen von Rafał Trzaskowski wurde.

Nur dass dieses Symbol natürlich nicht von Dauer sein wird. Es wird nur mit diesem Wahlkampf verbunden sein und zudem mit dem Verlierer. Andererseits und das ist eine politische Tatsache, haben 10 Millionen Menschen für den Repräsentanten der Intelligenz aus Warschau gestimmt, das ist nicht wenig.

War der Sieg von Karol Nawrocki nicht doch eine Art Mittelfinger an die Eliten?

An die erfundenen Eliten, denn diese 10 Millionen Menschen, die für Trzaskowski gestimmt haben, sind keine Eliten.

Wem dann?

Erstens wählt man in Polen eher gegen etwas als für etwas. Die 10 Millionen plus einige hunderttausend Wähler Nawrockis zeigten den ‚liberalen‘ Eliten den Mittelfinger, während die 10 Millionen Wähler Trzaskowskis der ‚Pathologie‘ den Mittelfinger zeigten. Zweitens ist das grobe Schema die großen und mittleren Städte gegen die Provinz. Polen ist diesbezüglich nicht außergewöhnlich. Diesen Prozess sehen wir zum Beispiel auch in den USA. Der durchschnittliche Angehörige der Arbeiterschicht, die völlig an den Rand gedrängt wurde, hat im Alltag nichts mit Millionären wie Musk oder sogar Trump zu tun. Solche Millionäre kann man sich im Fernsehen ansehen. Im Alltag haben sie es mit einem Arzt zu tun, zu dem sie kaum Zugang bekommen, und wenn doch, dann hat er nur vier Minuten Zeit für sie. Mit einem Anwalt, der alle außer ihnen verteidigt. Mit einer Lehrerin, die in der Klasse eine Hierarchie schafft, sodass die braven und hübschen Kinder vorne sitzen, und ihr Kind in der letzten Reihe. Und mit anderen Vertretern der Mittelschicht, der Meritokratie, die über sie reale Macht ausüben. Diese Mittelschicht tritt sie mit Füßen. (...)

Ich habe viele Analysen nach der Wahl gelesen, aber klassenbezogene Aspekte habe ich darin kaum gesehen.

In Polen funktioniert das Klassendenken nicht im Mainstream-Diskurs. Und auch hier ist es wiederum die Aufgabe der Linken, das zu ändern.

Sind die Probleme, über die wir sprechen, typisch für Polen?

Nein. Der globale Norden befindet sich in einer tiefen politischen Krise. Es wurde oft diagnostiziert, dass die globale Mittelschicht die arbeitende oder volksnahe Schicht vergessen hat, dass diese Schicht durch Deindustrialisierung ihrer Arbeit und Würde beraubt wurde und, völlig zutreffend, versteht, dass dies mit Neoliberalismus und Globalisierung zusammenhängt, wodurch sie zunehmend nationalistisch wird. Außerdem ist Migration ein so politisch schwieriges Problem, dass eigentlich niemand eine gute Idee hat, wie man damit umgehen soll. Denn selbst Länder, die verschiedene, viel bessere Migrationspolitiken als Polen führen, kommen damit nicht zurecht. Selbst wenn sich früher angekommene Migrantengruppen integrieren, tauchen ständig Neuankömmlinge auf. (...)

Was soll man demnach dagegen tun?

Die einzige Antwort ist die Erneuerung der internationalen, internationalistischen und universalistischen Linken, also einer Linken, die sagt: Wir haben gemeinsame Probleme, und wir werden sie nicht auf der Ebene eines einzelnen Staates lösen können. (...)

Ich habe über Jahre hinweg die Versuche beobachtet, eine linke Internationale aufzubauen, ebenso eine rechte. Beide hatten immer Probleme mit dem Verhältnis zu Russland. Die linke Internationale hat sich letztlich darüber zerstritten nach der umfassenden Invasion Russlands in die Ukraine.

Die Rechte ist einfach global prorussisch. Übrigens ist diese rechte Internationale zum großen Teil ein Werk Russlands, das sie finanziert und in sozialen Netzwerken unterstützt. Das Problem ist, dass das

Prorussische in vielen europäischen und amerikanischen Gesellschaften gerade sehr angesagt ist. Zum Beispiel aus Hass gegen die USA, wie in Südamerika. Paradoxerweise aber auch aus ganz anderen Gründen, eben auch in Polen. Als es noch Handel mit Russland gab, ging es dem landwirtschaftlich geprägten Osten des Landes besser. Außerdem hasst Putin LGBT+ und beruft sich auf konservatives Christentum. Die Rechte spürt das gut. Ich stimme zu, dass der Moment der umfassenden russischen Invasion in die Ukraine für die gesamte Linke kritisch war. Uns standen damals die Haare zu Berge, als wir die Äußerungen westlicher „Genossen“ lasen. Aber ich glaube, der Wendepunkt kam schon früher. Das war der Wechsel im Kommunikationsregime, kurz gesagt der Einzug der großen Big Techs. Einerseits sind sie heute das Hauptmedium der Kommunikation für junge Menschen, die früher meist links tendierten. Jetzt hat sich das geändert, weil Big Tech die Rechte sehr stark fördert, ganz bewusst. Aber da steckt noch etwas Tieferes dahinter: Sie fördern einen spezifischen, zeitgenössischen passiven Individualismus, sie erzeugen eine illusorische Gemeinschaft, nicht auf Basis von: „Wir tun etwas zusammen“, sondern „Wir klicken zusammen“. Wenn man die Gemeinschaft des Klickens mit Libertarismus verbindet, erhält man individuelles Denken auf Mikroebene und scheinbar gemeinschaftliches auf Makroebene. Die Linke hat die Lektion der modernen Kommunikation noch zu lernen.

Zandberg und Biejat lernen gerade. Auch Mentzen hat die Lektion gelernt. Deshalb weichen die Ergebnisse von Zandberg und Mentzen bei den Jüngsten so stark von den Ergebnissen im älteren Wählerkreis ab.

Das ist eine sehr wichtige generationsbedingte Veränderung. Der Duopol PO-PiS ist demografisch weiterhin stark, weil es einfach mehr Vertreter der 60- und 70-Jährigen gibt als junge Menschen. Nicht umsonst werden wir Boomers genannt, Baby-Boomers, die aus dem großen demografischen Boom stammen. Trotzdem findet ein Wandel statt, und ein neuer politischer Antagonismus entsteht. Auf der einen Seite die Konföderation, ein Bündnis von Krawattenträgern, die den Staat abschaffen wollen, und von Gruppen aus den Arbeiterklassen, die denken, dass uns der Staat ohnehin nicht repräsentiert und nichts bringt, also brauchen wir ihn nicht. Dieses Bündnis wird rechts wachsen. Auf der anderen Seite hat die junge Linke zum ersten Mal 10 %. Biedroń hatte bei den vorherigen Präsidentschaftswahlen 2 %. Außerdem waren vor Kurzem die Linken noch Post-PRLler, Jetzt sind es die Wähler von Biejat und Zandberg. Und rechts ist die Konföderation in der Offensive, nicht PiS oder Czarnek. Übrigens sind Nawrocki und Czarnek im Grunde die PiS-nahe Konföderation. Eine neue politische Generation wächst heran und setzt die Themen.

So war es mit dem Wohnungswesen. Die Linke begann, darüber zu sprechen, und wurde damals als verrückt abgestempelt, weil das Ideen aus der Zeit der Volksrepublik Polen (PRL) seien. Und dann trat Tusk auf und erklärte, dass Wohnen ein Recht und keine Ware sei.

Wichtig ist, dass die junge Linke Themen in die politische Debatte einbringt. Ich war bei einem Protest an der Universität Warschau wegen der Mieten. Man muss darüber sprechen, dass Universitäten derzeit vor allem für wohlhabende Kinder zugänglich sind. Und wenn sie aus kleineren Städten kommen, dann sogar für noch wohlhabendere, weil sie ein Zimmer mieten und sich über Wasser halten müssen. Studierende ohne große finanzielle Mittel befinden sich in einer dramatischen Lage, weil Wohnungen teuer sind, Essen teuer ist... Und man darf nicht vergessen, dass Gesellschaften, in denen soziale Mobilität und Aufstiegschancen verschwinden, Hoffnungslosigkeit erzeugen. (...)

Zsfg.: AV

<https://krytykapolityczna.pl/kraj/agnieszka-wisniewska-rozmawia-z-andrzejem-lederem/>

Populismus ist nicht länger ein Randphänomen



Quelle: kulturaliberalna.pl

Von **Ben Stanley**, außerordentlicher Professor am Zentrum für Demokratieforschung der SWPS-Universität in Warschau, Politikwissenschaftler

Es ist eingetreten, was Cas Mudde vor zwanzig Jahren vorhergesagt hat – Populismus ist zu einer dominierenden, nicht mehr zu einer marginalen Strömung in der Politik geworden. Auch in Parteiensystemen, die einst als gemäßigt galten.

Ein gut geschriebenes Biogramm in sozialen Netzwerken ist eine echte Kunst und der Nestor der zeitgenössischen Populismusforschung, Cas Mudde, beherrscht sie meisterhaft. „Früher habe ich mich mit dem politischen Rand beschäftigt. Heute erforsche ich die Politik des Mainstreams.“ Im Jahr 2004 veröffentlichte Mudde einen Artikel über den „populistischen Zeitgeist“, der für eine ganze Generation von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zum zentralen Bezugspunkt wurde, all jener, die versuchten, die hartnäckige Präsenz radikaler Kräfte in Parteiensystemen zu erklären, die bislang von gemäßigten Parteien dominiert wurden. Doch ein zentrales Merkmal eines Zeitgeists ist, dass er nicht lange am Rand verweilt.

Vor zehn Jahren sahen sich Populismusforscher noch regelmäßig mit denselben Vorwürfen konfrontiert – der Begriff sei unscharf definiert, diene lediglich als abwertendes Etikett oder verkenne den mehrheitsorientierten Charakter demokratischer Politik. Diese Kritik beruhte meist auf mangelnder Kenntnis der immer umfangreicheren theoretischen und empirischen Literatur und ließ sich leicht entkräften. Heute jedoch stehen die Forscherinnen und Forscher des Populismus vor einem weitaus ernsteren Problem: der Verwirklichung jenes Zeitgeists, den Mudde einst diagnostizierte.

Drei Strömungen des Populismus

Die zeitgenössische Literatur zum Thema Populismus lässt sich in drei Strömungen unterteilen. Die erste – und wohl populärste – ist der ideologische Ansatz. Er versteht Populismus als ein kohärentes Set politischer Überzeugungen, das sich auf einen grundlegenden, antagonistischen Gegensatz zwischen dem „reinen Volk“ und der „korruptierten Elite“ konzentriert.

Das Volk wird dabei als tugendhaft und geeint dargestellt, während die Eliten als egoistisch, unehrlich und realitätsfern gelten. Populisten lehnen die institutionelle Komplexität der liberalen Demokratie ab, die Macht bewusst streut, und fordern stattdessen, dass politische Legitimität unmittelbar vom Willen des Volkes abgeleitet wird. Dieser Volkswille lasse sich, so die Annahme, einfach über die Identität und Werte der Mehrheit bestimmen, ohne die Notwendigkeit komplexer Verfahren.

Die zweite Strömung ist der stilistische Ansatz. Dieser konzentriert sich weniger auf den Inhalt politischer Aussagen, sondern vielmehr auf die Art und Weise ihrer Vermittlung. Populistische Rhetorik zeichnet sich durch eine einfache, direkte Sprache aus, die sich auf den „gesunden Menschenverstand“ beruft, gezielt politische Korrektheit und elitäre Diskurse zurückweist und eine authentische, „außenseiterhafte“ Persönlichkeit pflegt.

Politikerinnen und Politiker, die einen populistischen Stil annehmen, sprechen oft stark emotional, setzen auf dramatische Gesten und nutzen mediengerechte Kommunikationsstrategien. Sie inszenieren sich als Sprachrohr des „einfachen Volkes“, verwenden eine für dieses verständliche Sprache und heben sich bewusst vom als kompliziert und jargonhaft wahrgenommenen Sprachstil des politischen Establishments ab.

Die dritte Strömung schließlich ist der strategische Ansatz, der Populismus nicht als konsistente Weltanschauung, sondern als politische Strategie begreift, ein Instrument zur Mobilisierung von Unterstützung und zum Machterwerb.

Statt Ideen oder Rhetorik in den Mittelpunkt zu stellen, analysiert dieser Ansatz taktische Entscheidungen in Bezug auf Koalitionsbildung, Problemdefinition und Wahlkampfpositionierung. Politikerinnen und Politiker können sich populistischer Appelle bedienen, wenn es ihren Interessen dient, unabhängig von persönlichen Überzeugungen oder kommunikativen Vorlieben.

Dieser strategische Zugang untersucht etwa, welche Gruppen zum „Volk“ gezählt, welche Eliten als Feinde dargestellt werden und wie erfolgreiche Wahlkoalitionen gebildet werden können. Er betont, dass populistische Appelle flexibel und instrumentell eingesetzt werden können, je nach Kontext und kombiniert mit unterschiedlichsten anderen politischen Strategien.

Zu Eins miteinander verbunden

Obwohl jede der drei Strömungen in der Populismusforschung, die ideologische, die stilistische und die strategische, eigene Forschungsperspektiven hervorgebracht hat, greifen sie in der Praxis oft ineinander. Erfolgreiche populistische Bewegungen vereinen in der Regel ideologische Überzeugungen von einer grundlegenden Vereinfachung politischer Verhältnisse mit einem provokativen, bewusst unhöflichen Stil und pragmatischen Machtstrategien.

Genau darin liegt das Problem: Bei der Beschreibung der verschiedenen Aspekte des Populismus fällt auf, dass sie zusammengekommen einen Großteil der zentralen Mechanismen moderner Demokratien zu umfassen scheinen. Die Vorstellung, dass jeder demokratische Politiker im Grunde ein Populist sei, galt lange als bloße Floskel. Doch es wird zunehmend schwieriger, Populismus klar vom politischen Mainstream abzugrenzen.

Die ideologische Struktur des Populismus, die Gegenüberstellung eines „reinen Volkes“ und einer „korruptierten Elite“, ist zu einem festen Bestandteil des politischen Diskurses geworden.

Bei den Parlamentswahlen in Polen im Jahr 2023 etwa versuchte die damalige Opposition, den „normalen Polen“ eine neue Elite entgegenzusetzen: eine Clique radikaler Politiker, die staatliche Institutionen gekapert hätten. So berechtigt die Kritik an der PiS auch war, etwa wegen der Errichtung eines „Parallelstaates“, der eher den Interessen der Partei als denen der Bürger diene, das binäre Schema von tugendhaftem Volk und egoistischer Elite wiederholte genau jene ideologische Logik, mit der die PiS selbst einst an die Macht gekommen war. In einem zunehmend polarisierten politischen Umfeld, in dem Eliten und Gegeneliten gegeneinander antreten, wird die ideologische Logik des Populismus mehr und mehr zur unausweichlichen Realität.

Ebenso wie seine ideologische Struktur und seine Rhetorik sind auch zentrale stilistische Merkmale des Populismus, etwa einfache, unmittelbare Kommunikation und eine „authentische“ Selbstinszenierung, längst zu gängigen Praktiken in der heutigen Politik geworden. Sie sind weniger originäre Innovationen des Populismus als vielmehr notwendige Voraussetzungen, um sich überhaupt auf der politischen Bühne behaupten zu können.

Vor allem soziale Medien haben die direkte Kommunikation zwischen Politikerinnen und Wählerinnen normalisiert und dabei traditionelle intermediäre Institutionen wie Parteien, Parlamente oder klassische Medien weitgehend umgangen. Ein markantes Beispiel für diese Entwicklung war das Fehlen eines Regierungssprechers in den ersten 18 Monaten der neuen Regierung in Polen, ein Zeichen für die bewusste Direktheit der Kommunikationsstrategie von Donald Tusk, die sich durch soziale Medien, informelle Kontexte und den direkten Appell an die Bürgerinnen und Bürger auszeichnete.

Auch die strategische Dimension der Politik ist heute stark vom manichäischen Einfluss populistischer Polarisierung geprägt. Die Dominanz instrumenteller Koalitionsbildung, die sich oft auf den kleinsten gemeinsamen Nenner stützt, verdeutlicht, wie populistische Taktiken längst zum Standardrepertoire moderner Wahlstrategien geworden sind.

Ein besonders anschauliches Beispiel für strategischen Populismus bot die Koalicja Obywatelska (Bürgerkoalition) im Wahljahr 2023. Anstatt auf eine feste soziale Identität des „Volkes“ zu setzen, konstruierte Tusk eine breite, strategisch angelegte Anti-PiS-Koalition: städtische Liberale, besorgt um den Zustand der Rechtsstaatlichkeit, ländliche Wählerinnen und Wähler, die EU-Mittel gefährdet sahen, Frauen, mobilisiert durch die Abtreibungspolitik, sowie junge Menschen mit Forderungen nach liberaleren Gesellschaftsreformen.

Gleichzeitig wurde die übergreifende Erzählung vom Gegensatz „Volk gegen Elite“ beibehalten, allerdings in einem pro-institutionellen Kontext. Anders als frühere populistische Bewegungen, die demokratische Institutionen in Frage stellten, bediente sich die damalige Opposition populistischer Rhetorik, um demokratische Normen gegen den Autoritarismus der regierenden Partei zu verteidigen.

Das grundlegende Problem der Populismusforschung liegt also nicht darin, dass der Begriff an Bedeutung verloren hätte, sondern darin, dass er zu bedeutsam geworden ist. Die Identifikation klar abgegrenzter populistischer Parteien oder Akteure wird immer schwieriger, weil die analytischen Merkmale des Populismus zunehmend allgemeine Charakteristika demokratischer Konkurrenz darstellen, keine Abweichung mehr, sondern Normalfall.

Wenn politischer Erfolg immer stärker von der Fähigkeit abhängt, Muster extremer Polarisierung, strategischen Pragmatismus und normverletzendes Verhalten zu reproduzieren, dann verlieren diese Merkmale ihre Sonderstellung als spezifisch populistische Phänomene.

Direkte Wähleransprache, emotionale Appelle und bewusste Inszenierung als Anti-Establishment sind heute Grundbedingungen politischer Sichtbarkeit in demokratischen Systemen. Die komplexe institutionelle Struktur der EU bietet ständige Gelegenheiten, sich als Verteidiger der Volkssouveränität zu inszenieren. Das mehrstufige, voneinander abhängige Regierungssystem erzeugt vielfältige Anknüpfungspunkte für Elitenkritik und ermöglicht Politikern, je nach institutioneller Lage selektiv Formen anti-elitären Diskurses einzusetzen. Populismus erscheint somit immer weniger als randständige Ideologie, sondern vielmehr als zentrales Werkzeug demokratischer Konkurrenz in einer Ära medialer Transformation und institutioneller Komplexität.

Eine größere Gefahr als der Populismus

Der populistische Zeitgeist ist inzwischen Realität. Vor diesem Hintergrund lohnt es sich, an eine der treffendsten Kritiken zu erinnern, die in den letzten zwanzig Jahren an jene von uns gerichtet wurde, die dieses Phänomen erforscht haben: dass eine übermäßige Fokussierung auf den Populismus dazu führen kann, gravierendere Bedrohungen für die demokratische Ordnung zu verharmlosen oder gar zu normalisieren.

Wenn die großen politischen Parteien zunehmend nicht mehr in der Lage sind, dem Populismus als übergeordneter Denkform zu entkommen, so, wie einst der Liberalismus ihre politische Grammatik bestimmte, bleiben dennoch entscheidende ideologische Unterschiede bestehen, um die es im politischen Wettbewerb geht.

Die eigentliche Auseinandersetzung spielt sich heute nicht mehr zwischen Populismus und liberaler Demokratie ab, sondern zwischen Nativismus und Pluralismus, und zwar nicht an den Rändern des politischen Spektrums, sondern im Zentrum des demokratischen Systems.

Zsfg.: AV

<https://kulturaliberalna.pl/2025/06/24/populizm-przestal-byc-marginesem/>

Tusk will billigen Diesel für den armen Polen. Es wird nicht weniger Abgase und importierte Straßen-Veteranen geben



Quelle: wyborcza.biz

Händler von alten Autos aus Deutschland können den Champagner öffnen. Premierminister Donald Tusk hat nun offiziell verkündet, dass er die Regelungen, die den Import abgenutzter Gebrauchtwagen begünstigen, nicht ändern will.

Premierminister Donald Tusk lobte auf der Plattform X die Ergebnisse der Regierungssitzung am Dienstag und nannte unter anderem: ‚Wir haben Morawieckis Steuer auf Gebrauchtwagen abgeschafft.‘ Zuvor hatte Tusk laut einer Meldung der PAP erklärt: ‚Wir haben die Entscheidung getroffen, von der sogenannten Morawiecki-Steuer abzurücken.‘

Der Regierungschef soll diese Entscheidung nach einem Gespräch mit Katarzyna Pełczyńska-Nałęcz (Polska 2050), Ministerin für Fonds und Regionalpolitik, getroffen haben.“

Der Haken an der Sache: Die Regierung der Vereinigten Rechten unter Ex-Premier Mateusz Morawiecki hat überhaupt keine Steuer auf Gebrauchtwagen eingeführt

„Der Premier sprach über eine Änderung der Verbrauchssteuer für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor, bei der deren Höhe von den Emissionen und dem Alter des Fahrzeugs abhängig gemacht würde (je älter, desto höher)“, erklärte uns Magdalena Brukwińska aus dem Büro des Regierungssprechers Adam Szłapka. Sie fügte hinzu: „Diese Änderung wurde von Mateusz Morawiecki in den nationalen Wiederaufbau- und Resilienzplan (KPO) aufgenommen.

Tatsächlich wurden im KPO, der 2022 von der Regierung von Premier Morawiecki mit der EU vereinbart wurde, Steuerreformen für Personenkraftwagen vorgesehen. Die Europäische Kommission begründete

dies mit dem enormen Anstieg der Schadstoffemissionen aus Abgasen in Polen, verursacht durch das rasante Wachstum des motorisierten Verkehrs. Nach Einschätzung der Kommission haben sich die verkehrsbedingten Emissionen in Polen zwischen 1990 und dem Beginn des aktuellen Jahrzehnts um ganze 214 Prozent erhöht.

Die von der Regierung Morawiecki mit der EU vereinbarten Reformen sahen vor, dass in Polen ab Mitte 2026 eine jährliche Steuer auf den Besitz von Personenkraftwagen eingeführt wird. Die Steuersätze sollten nach dem Prinzip „der Verursacher zahlt“ festgelegt werden – also abhängig von den Emissionen des klimawirksamen Kohlendioxids (CO₂) und der gesundheitsschädlichen Stickoxide (NO_x).

Nach demselben Prinzip „der Verursacher zahlt“ sollte ab 2025 auch die Reform der Verbrauchssteuer auf Personenkraftwagen eingeführt werden. Diese Steuer erfüllt in Polen seit dem Ende des vergangenen Jahrhunderts de facto die Funktion einer Zulassungsgebühr und wird bei der erstmaligen Registrierung eines Fahrzeugs in Polen erhoben.

Derzeit hängen die Verbrauchssteuersätze für Pkw vom Hubraum ab, und die Berechnungsgrundlage ist der Fahrzeugwert, bei Importfahrzeugen der gegenüber dem Zoll deklarierte Wert.

Bereits in den ersten Monaten seiner Amtszeit hat die Regierung von Premierminister Donald Tusk beschlossen, auf die Einführung einer jährlichen Steuer auf Personenkraftwagen zu verzichten. Vor der Wahl zum Europäischen Parlament war dies eines der zentralen Wahlversprechen von „Polska 2050“ unter der Führung von Szymon Hołownia.

„In der Überarbeitung des KPO wollen wir die Steuer auf den Besitz von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor entfernen, die dort von der PiS-Regierung eingefügt wurde“, kündigte Ministerin Pełczyńska-Nałęcz im März letzten Jahres an.

Und noch vor der Wahl zum Europäischen Parlament verkündete Szymon Hołownia auf der Plattform X: „Es wird keine Steuer auf den Besitz von Verbrennerautos in Polen geben. Ein Geschenk der Koalition 15X zum 20-jährigen Jubiläum in der EU. Die Minister von @PL_2050 haben mit der Kommission ausgehandelt, die Steuer abzuschaffen und sie durch ein System von Zuschüssen für den Kauf von E-Autos zu ersetzen.“

Tatsächlich hat die Regierung Tusks vereinbart, dass anstelle einer allgemeinen Steuer auf den Besitz von Personenkraftwagen Anfang 2026 für Unternehmer eine „Umweltabgabe“ auf Pkw und Lieferwagen mit Verbrennungsmotor eingeführt wird. Diese Abgabe wird nach dem Prinzip „der Verursacher zahlt“ gestaltet und richtet sich nach den Emissionen von Kohlendioxid und Stickoxiden.

In diesem Jahr hat die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) die polnische Regierung jedoch dazu aufgefordert, ihre Entscheidung bezüglich der Steuer auf den Besitz von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor zu überdenken.

„Polen erhebt derzeit keine jährliche Steuer auf den Besitz von Fahrzeugen auf nationaler Ebene, obwohl deren Einführung für Dienstwagen im Jahr 2026 geplant ist. (...) Jährliche Kfz-Besitzsteuern sind in den OECD-Ländern weit verbreitet und werden oft nach dem Emissionsausstoß gestaffelt, um den Kauf emissionsärmerer Fahrzeuge zu fördern. Die geplante Jahressteuer auf Autos sollte auf alle Autos ausgeweitet werden“, erklärte die OECD.

Boykottierte Verpflichtungen gegenüber der EU

Nach der letztjährigen Überarbeitung des KPO war die polnische Regierung weiterhin verpflichtet, im letzten Quartal 2024 einen Rechtsakt zu veröffentlichen, der die reformierte Zulassungsabgabe (die Verbrauchssteuer auf Personenkraftwagen) einführt, gestaltet nach dem Prinzip „der Verursacher zahlt“. Das Finanzministerium hat diese Verpflichtung Polens gegenüber der EU jedoch nicht erfüllt. Im Dezember 2024 erklärte das Ministerium gegenüber Wyborcza.biz: „Das Finanzministerium arbeitet gemeinsam mit der Europäischen Kommission an geeigneten Lösungen. Nach deren Abschluss werden wir den Gesetzgebungsprozess einleiten.“

Die Reform der Abgabe bei der erstmaligen Zulassung von Personenkraftwagen in Polen ist ein sogenannter Meilenstein, also eine Maßnahme, von deren Umsetzung die Auszahlung von EU-Geldern

abhängt. Ein Sprecher der Europäischen Kommission teilte uns mit, dass diese Verzögerung die Überweisungen derzeit noch nicht blockieren werde. Denn die Frage, ob Polen seiner Verpflichtung zur Reform der Zulassungsabgabe nachkommt, wird erst bei der sechsten Auszahlung aus dem KPO berücksichtigt. Den Antrag auf diese Auszahlung plant die Regierung Tusk im Herbst dieses Jahres zu stellen, wie das Ministerium für Fonds und Regionalpolitik diesen Monat ankündigte.

Diesel für den armen Polen

Das Finanzministerium hat bislang keinen Entwurf zur Novellierung des Verbrauchsteuergesetzes für Personenkraftwagen vorgelegt. Wir haben das Ministerium am Dienstag, den 24. Juni, nach dem Zeitpunkt der Veröffentlichung des Entwurfs gefragt, aber bis zur Veröffentlichung dieses Textes keine Antwort erhalten. Das bedeutet: Es ist unklar, ob die neuen Verbrauchsteuersätze eine stärkere Belastung für Käufer von neuen und gebrauchten Importfahrzeugen darstellen würden als bisher.

So sieht es zumindest Premierminister Tusk. „Je günstiger das Auto, das du kaufst, also etwa ein viele Jahre alter Diesel, desto höher wird die Registrierungsgebühr, die du zahlen musst. Es ist schwer zu akzeptieren, dass ausgerechnet diejenigen, die am wenigsten verdienen, finanziell für den Klimaschutz verantwortlich gemacht werden sollen“, sagte der Premier und begründete damit die nun formelle Entscheidung Polens, die Reform der Verbrauchssteuer abzulehnen.

„Es kann nicht sein, dass die Energiewende auf dem Rücken der Ärmsten ausgetragen wird“, ergänzte Magdalena Brukwińska aus dem Büro des Regierungssprechers Adam Szałapka. Auf die Frage, ob die Regierung auch analysiert habe, welche Auswirkungen die Beibehaltung der derzeitigen Verbrauchssteuer auf Personenkraftwagen auf die Luftverschmutzung, die Gesundheit der Bevölkerung und die Verkehrssicherheit habe, gab sie keine Antwort.

Die Entscheidung bedeutet auch: Die hohen Ausgaben für den Import von Erdöl und Kraftstoffen bleiben bestehen, was sich negativ auf die Handelsbilanz Polens und auf die Energiesicherheit des Landes auswirkt.

Die Verbrauchssteuer auf Autos in ihrer derzeitigen Form, bei der die Berechnungsgrundlage der Fahrzeugwert ist, begünstigt den Import alter, stark abgenutzter Fahrzeuge nach Polen.

Seit dem EU-Beitritt Polens gelangen jedes Jahr im Durchschnitt rund 800.000 solcher Straßen-Veteranen auf unsere Straßen, hauptsächlich aus Deutschland.

Kein anderes Land der Welt importiert so viele gebrauchte Autos

Laut dem Analyseunternehmen Samar wurden in Polen bis Ende Mai dieses Jahres erstmals über 408.000 gebrauchte Personen- und Kleintransporter aus dem Ausland zugelassen. Im Moment ihrer Eintragung in die polnischen Register waren sie im Durchschnitt über 12 Jahre alt.

„Wenn das Tempo des Imports nicht einbricht, wird die Zahl der importierten Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht bis 3,5 Tonnen bis zum Jahresende die Marke von 1 Million überschreiten“, prognostiziert das Analyseunternehmen Samar.

Populismus-Koalition

Im Widerstand gegen die Reform der Verbrauchssteuer auf Personenkraftwagen könnte sich Premierminister Donald Tusk mit dem Umfeld von Karol Nawrocki verständigen, der die Präsidentschaftswahl im Juni gewonnen hat.

Paweł Szefernaker wird als Chef des Büros des neuen Präsidenten gehandelt. Er war ehemaliger Staatssekretär im Innen- und Verwaltungsministerium in der Regierung von Premierminister Mateusz Morawiecki und Vorsitzender der Jungen Fraktion der PiS.

Als im Herbst 2020 die damalige Vizepremierministerin Jadwiga Emilewicz vorschlug, das drei Jahre zuvor in den parlamentarischen „Einfrier-Modus“ geschobene Gesetzesvorhaben zur Novellierung der Kfz-Verbrauchssteuer wieder aufzunehmen, war der erste, der sich gegen diesen Vorschlag auf der Plattform X (ehemals Twitter) stellte, genau Szefernaker.

„Die Steuer wird nicht erhöht für diejenigen, die es sich nicht leisten können, im Autohaus einzukaufen“, schrieb Szefernaker und benutzte dabei die gleichen Argumente wie jetzt Premierminister Donald Tusk.

Im Kabinett der Vereinigten Rechten war der Hauptgegner der Einführung einer jährlichen Steuer auf den Besitz von Personenkraftwagen in Polen der Vizepremier und Justizminister Zbigniew Ziobro, der Vorsitzende von Suwerenna Polska (Souveränes Polen).

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.biz/biznes/7,156481,32053864,tusk-chce-taniego-diesla-dla-biednego-polaka-weteranow-szos.html#s=S.index-K.C-B.1-L.1.duzy>



Quelle: oko.press

„Jeder möchte sicher sein, dass jede Stimme korrekt ausgezählt wurde. Wir haben gerade die Bewertung der Kammer des Obersten Gerichtshofs gehört. Sie bestätigte die Unregelmäßigkeiten in den untersuchten Ausschüssen und kam gleichzeitig zu dem Schluss, dass sich dies nicht generell auf das Ergebnis der Wahlen auswirkte. Ich habe keinen Grund, diese Einschätzung in Frage zu stellen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn jede Stunde, jeder Tag bis zur endgültigen Entscheidung genutzt würde, um jede fragliche Situation zu überprüfen. Nicht um das Wahlergebnis zu untergraben, sondern damit alle Polen - und sie haben das Recht dazu - sicher sein können, dass der gewählte Präsident korrekt gewählt wurde. Und nicht eine einzige Stimme wurde missachtet.“

Donald Tusk

Quelle: <https://oko.press/na-zywo/na-zywo-relacja/premier-o-decyzji-sn-w-sprawie-wyborow-nie-mam-powodow-by-jakwestionowac>

soldat-und-technik.de

Erste Apache-Kampfhubschrauber von Polen übernommen

<https://soldat-und-technik.de/2025/06/streitkraefte/44310/apache-polen/>

faz.net

Nun spricht sich Tusk doch für eine Neuauszählung aus

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/praesidentenwahl-in-polen-donald-tusk-ist-nun-doch-fuer-neuauszaehlung-110557447.html>

nzz.ch

Wie überlebte die polnische Nation ohne eigenen Staat? – Anna Artwinska erklärt das 19. Jahrhundert neu

<https://www.nzz.ch/feuilleton/wie-ueberlebte-die-polnische-nation-ohne-eigenen-staat-anna-artwinska-erklaert-das-19-jahrhundert-neu-ld.1887148>

bpb.de

Das politische System Polens

<https://www.bpb.de/themen/europa/polen/563410/das-politische-system-polens/>

dw.com

Unregelmäßigkeiten bei Präsidentenwahl in Polen?

<https://www.dw.com/de/polen-nach-pr%C3%A4sidentenwahl-einspr%C3%BChe-wegen-unregelm%C3%A4%C3%9Figkeiten-bei-ausz%C3%A4hlung/a-73015274>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus